

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayler, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin S.O. 18, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 6gespaltene Nonparellezelle oder deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeitermittlungen 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

Das Ergebnis der Reichstagswahl.

Der Reichstagswahl am 7. Dezember ist eine außerordentlich lebhaft agitierte vorausgegangen, dementsprechend ist auch die Wahlbeteiligung stärker gewesen als am 4. Mai. Die Wahl hat eine Verschiebung in den Stärkeverhältnissen der Parteien gebracht, aber diese Verschiebung reicht nicht aus, um die Gesamtphysiognomie der Geschehnisse grundsätzlich zu ändern. Sehr groß war auch diesmal wieder die Zahl der Parteien, die sich um Mandate bewarben. Die dadurch erzeugte Stimmenzerfplitterung führte dazu, daß eine erhebliche Zahl der abgegebenen Stimmen ohne Vertretung bleibt. Allerdings war diese Zahl am 7. Dezember kleiner als am 4. Mai.

Nach den geltenden Bestimmungen entfällt auf je 60 000 in einem Wahlkreis abgegebene Stimmen ein Mandat. Die überschüssigen Stimmen werden zunächst im Wahlkreisverband zusammengezählt, so daß, wenn 60 000 herauskommen, die betreffende Partei ein weiteres Mandat erhält. Die dann noch verbleibenden Reste werden der Reichsliste gutgebracht. Auf der Reichsliste erhält aber eine Partei höchstens soviel Mandate, wie sie in den Wahlkreisen errungen hat. Eine Partei, die es weder in einem Wahlkreis noch in einem Wahlkreisverband zu einem Mandat gebracht hat, bleibt ohne Vertretung. Aus diesem Grunde erhält z. B. die Deutschsoziale Partei trotz der 157 835 Stimmen, die sie im ganzen Reiche erlangt hat, kein Mandat.

Über die Verteilung der Stimmen und der Mandate am 4. Mai und am 7. Dezember unterrichtet die folgende Übersicht. Hierbei ist für den 4. Mai das endgültige, für den 7. Dezember das vorläufige amtliche Ergebnis zugrunde gelegt, wie es im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurde. Da die Zahl der abgegebenen Stimmen am 7. Dezember größer war als am 4. Mai und demnach die Zahl der Abgeordneten von 472 auf 493 angewachsen ist, sind Vergleiche erschwert. Wir haben deshalb für jede Partei den prozentualen Anteil der auf sie entfallenden Stimmen berechnet.

Parteien	7. Dezember 1924			4. Mai 1924		
	Abgegebene Stimmen	%	Mandate	Abgegebene Stimmen	%	Mandate
Sozialdemokraten	7 850 433	26,0	131	6 014 380	20,5	100
Deutschnationale	6 180 281	20,5	103	5 778 318	19,7	98
Zentrum	4 117 481	13,7	69	3 920 736	13,3	65
Kommunisten	2 638 936	9,0	45	3 748 671	12,7	62
Wolfspartei	3 046 493	10,1	51	2 649 484	9,0	44
Nationalsozialisten	901 601	3,0	14	1 924 533	6,5	52
Demokraten	1 915 187	6,4	32	1 657 957	5,8	28
Bayerische Volkspartei	1 120 752	3,7	19	946 649	3,2	16
Wirtschaftspartei u. Bayer.	999 703	3,3	17	684 395	2,3	10
Bauernbund	498 003	1,7	8	574 280	2,0	10
Böhen	282 569	0,9	4	910 779	3,1	5
Deutsch-Sozialisten	157 835	0,5	—	337 924	1,2	4
Andere Parteien	337 075	1,1	—	842 208	2,8	—
Zusammen	30 195 989	100	493	29 385 391	100	472

Der eigentliche Sieger vom 7. Dezember ist die Sozialdemokratie. Ihr Anteil an den abgegebenen Stimmen ist von 20,5 auf 26,0 Prozent gestiegen, und die Zahl der Abgeordneten hat sie von 100 auf 131 erhöht. Die stärksten Verluste hat die von Ludendorff geführte National-Sozialistische Partei erlitten, deren Mandate von 32 auf 14 zurückgingen. Die deutschsozialistische Gruppe des berüchtigten Antisemiten Anzengruber ist ganz aus dem Reichstag verschwunden. Die Verluste dieser extremen Rechtsparteien sind den Deutschnationalen zugute gekommen, die wider Erwarten noch einen Gewinn erzielten. Auf der linken Seite ist die Zahl der Kommunisten von 62 auf 45 zurückgegangen.

Der Reichstag vom 4. Mai ist bekanntlich aufgelöst worden, weil sich die Bildung einer tragfähigen Regierung als unmöglich erwies. Die aus Zentrum, Volkspartei und Demokraten gebildete Regierung ist eine Minderheitsregierung, die sich nur halten konnte, weil sie in der Außenpolitik, die im letzten Sommer von überragender Bedeutung war, die Unterstützung der Sozialdemokraten fand. Nach der Verabschiedung der Dawes-Gesetze, die durch den 50prozentigen Umsatzeinsturz der Deutschnationalen ermöglicht wurde, ließ sich die Brunst der Volkspartei, die sie unwiderstehlich zu den Deutschnationalen zog, nicht mehr dämpfen. Die Bildung des Bürgerblocks, in dem die Deutschnationalen die Führung haben, war das Ziel, auf das die beiden Parteien zusteuerten. Um die heiß ersehnten Ministerposten zu erlangen, hatten die Deutschnationalen sogar auf ihre Ehre und ihre Grundzüge verzichtet. Im Zentrum hatte der bürgerblockfreundliche Flügel schließlich über die demokratisch gesinnte Gruppe gesiegt. Das Zentrum war bereit, mitzumachen, wenn die Demokraten auch bei der Partei wären. Da diese schließlich ablehnten, wurde aus dem Handel nichts, und der Reichstag wurde aufgelöst. Im Wahlkampf drehte es sich um die Frage, ob die schwarz-weiß-rote Reaktion, nämlich Deutschnationale und Volkspartei, oder die für das republikanische Schwarz-Rot-Gold eintretenden Parteien, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, den entscheidenden Einfluß gewinnen.

Schwarz-Rot-Gold hat eine wesentliche Stärkung erfahren, aber sie reicht nicht aus, um einer aus Sozialdemokraten,

Zentrum und Demokraten gebildeten Regierung die Mehrheit zu sichern. Ebenfalls haben die schwarz-weiß-rote Parteien eine Mehrheit, dagegen besteht zahlenmäßig die Möglichkeit sowohl für die Bildung des vor den Wahlen geplanten Bürgerblocks als auch der sogenannten großen Koalition. Auch die Bildung einer Minderheitsregierung der Mitte, wie wir sie bisher hatten, und die sich abwechselnd auf rechts und links stützt, ist denkbar. Welcher Weg gegangen werden wird, läßt sich nicht voraussagen. Dem Zusammentritt des Reichstages, der erst im Januar erfolgen wird, dürften wieder sehr lebhaft Verhandlungen zwischen den Fraktionen vorausgehen.

Die politische Situation nach den Reichstagswahlen ist nichts weniger als erfreulich. Der neue Reichstag hat wichtige Aufgaben zu lösen, welche die Interessen der Arbeiterschaft, und ganz besonders auch die Interessen der Gewerkschaften auf das lebhafteste berühren. Es handelt sich um nur eines zu nennen, um die Verteilung der Lasten aus dem Dawes-Gutachten. Es ist leicht, dieses Gutachten und die sich daraus ergebenden Folgen als etwas absolut Schlechtes hinzustellen. Die das tun, haben durchaus nicht unrecht. Aber die Frage war für uns nicht, ob wir das Dawes-Gutachten annehmen oder ablehnen wollen, sondern wir hatten nur die Wahl zwischen dem Versailler Vertrag und dem auf ihm basierenden Londoner Diktat und dem Dawes-Gutachten. Beides sind schlimme Übel, aber das Dawes-Gutachten ist das weitaus kleinere. Deshalb haben wir uns dafür entschieden. Und nun handelt es sich darum, zu verhindern, daß die Lasten, die es Deutschland auferlegt, auf die arbeitenden Klassen abgewälzt werden. Dahin zielt die Absicht des Bürgerblocks. Der Reichstag wird unsere Zollpolitik bestimmen. Der Bürgerblock bedeutet Hungerlöhne und Brotwucher. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ist eine Aufgabe des neuen Reichstages. Die sozialpolitische Gesetzgebung bedarf in vieler Hinsicht einer Änderung und eines Ausbaues, das Arbeitsrecht muß neu formuliert werden, und so harrten des Reichstages eine ganze Menge gesetzgeberischer Aufgaben, an denen die Arbeiterschaft lebhaft interessiert ist, deren Lösung aber davon abhängt, wie sich die Parteien gruppieren, das heißt, in welcher Weise die Regierung zusammengesetzt wird.

Die der Arbeiterschaft drohende Gefahr wäre nicht groß, ihr könnte sehr leicht begegnet werden, wenn auf der linken Seite ein ähnliches Zusammenwirken der Parteien vorhanden wäre wie rechts. Es ist aber das Unglück für die Arbeiterschaft, daß die deutschnationalen Reaktionen in der kommunistischen Partei ihren zuverlässigsten Verbündeten erblickten. Für die Mehrheitsbildung im Reichstag scheidet sie aus, weil sie Opposition aus Prinzip treibt. Sie würde selbstverständlich auch gegenüber einem Bürgerblock oder einer Rechtsregierung, falls eine solche denkbar wäre, in scharfer Opposition stehen, aber dazu hatte sie bisher keine Gelegenheit. Bis jetzt waren die Deutschnationalen stets in der Opposition, und so erweuten sie sich der uneigennützig gewährten Bundesgenossenschaft der Kommunisten. So ausgiebig und so erfolgreich wurde diese Unterstützung gewährt, daß sie von den Deutschnationalen als feststehender Faktor bei ihren gegen die Arbeiterschaft gerichteten Plänen in Rechnung gestellt wird.

Der Ausgang der Reichstagswahl kann trotz des erfreulichen Erfolges der Sozialdemokratie keine Befriedigung auslösen. Er bringt der Arbeiterschaft erneut zum Bewußtsein, welche gewaltigen Schäden ihr die Spaltung gebracht hat. Die Arbeiterschaft hat in der Sozialdemokratie, der weitaus stärksten Partei des Reichstages, eine parlamentarische Vertretung, deren Bedeutung nicht übersehen werden kann. Ungleich stärker aber könnte der Wille der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommen, weit nachdrücklicher könnten die Forderungen der Arbeiter an die Gesetzgebung vertreten werden, wenn wir eine einzige Arbeiterpartei hätten, in der sich alle Arbeiter, unbeschadet von Meinungsverschiedenheiten in untergeordneten Einzelfragen, zur Verfolgung des gemeinsamen Zieles zusammenfinden. Die wichtigste Lehre, die wir aus dem Ausfall der Wahl ziehen, ist die, daß wir danach streben müssen, die Einheit der Arbeiterschaft herzustellen.

Handelsverträge und Zölle.

Grundriss des deutschen Handelspolitik.

Von Kurt Heintz (Berlin).

III.

(Schluß)

D. Gewerkschaften und Handelspolitik.

Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, den Elementen und Interessenten entgegenzutreten, die eine der weltwirtschaftlichen Entwicklung angepasste Umgestaltung der deutschen Produktion und Handelspolitik aufzuhalten versuchen.

Derlei reaktionäre Kräfte sind:

- a) Der Betriebsegoismus (bei Arbeitern und Unternehmern).
- b) Das Bedürfnis der Rentensicherung einzelner Interessentengruppen.
- c) Subventionswirtschaftliche Ausführprämien.

d) Das Bestreben, die Handelspolitik zum Instrument der Außenpolitik (nationalistischer Wirtschaftskrieg) zu machen.

e) Alle Absichten, in irgendeiner Hinsicht zum geschlossenen Handelsstaat zurückzukehren.

Der Betriebsegoismus wird häufig genug durch Unternehmer bewußt erzeugt, etwa so, daß die Betriebsvertretung als Vorspann für die Vereinhaltung von Aufträgen, gegen Produktionsverbesserungen, für Zollabbau, gegen Steuerbelastung usw. benutzt wird. In der kommunistischen, im besonderen in der unionistischen Wirtschaftspolitik finden viele Elemente des Betriebsegoismus. Der Betrieb wird bei ihnen zum selbständigen Organ der Produktion gemacht, man konstruiert ihn als Pol, um den sich die Wirtschaft dreht. Damit werden die Betriebsangehörigen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gewerkschaftlich aus den Gesamt- und Gemeinschaftsinteressen der Produktion herausgelöst, sie sehen dann deren Fragen unter dem Gesichtswinkel des Betriebs- und Eigeninteresses, hinter dem das Allgemeininteresse nicht mehr zur Geltung kommt; an Stelle der Klassenschichtung tritt so die Entwicklung zum Individualisten, zum Kleinaktionär, zum liberalen Spießer.

Das Bedürfnis der Rentensicherung einzelner Interessentengruppen wirkt sich zurzeit besonders stark aus. Das typische Beispiel ist die deutsche Automobilindustrie, die in der Inflationszeit den teuren unrationellen Luxuswagen allzu stark entwickelt hat und von ihm schwer loszumachen ist. Sie verlangt hohe Schutzzölle, um nicht durch den ausländischen billigen Gebrauchswagen unter den Zwang zur Umstellung und unter den Druck der freien Konkurrenz genommen zu werden. Die Unternehmer des Bill- und Lohngebietes wollen auf dem Wege der bevorzugten Frachtenberechnung gegen die modernen, mit Minetteerzen arbeitenden Hochpreisbetrieben unterstützt werden. Die Aluminiumindustrie, die heute in Deutschland nach vorwiegend auf der Braunkohle ruht und mit der ausländischen Aluminiumzeugung — die mit Wasserelektrizität arbeitet — nicht mehr mithalten kann, kämpft für hohe Zölle auf Rohaluminium.

In allen diesen Fällen wird mit mehr oder weniger Erfolg immer wieder versucht, die Arbeitnehmer, ja auch die Gewerkschaften für diese unwirtschaftlichen Sonderinteressen einzuspannen.

Die Subventionswirtschaft, als ein Erfolg der Interessentenpolitik, entsteht dadurch, daß Wirtschaftsgruppen, die unter irgendwelchen Ausnahmeständen zu guter Konjunktur gekommen sind, bei der Umkehrung der Entwicklung Staatshilfe (Reichskredit, Steuerfreibei, Staatszuschuß) verlangen. Hier sei an den Mansfelder Kupferbergbau erinnert.

Es verdient starke Beachtung, daß — wie in einem früheren Artikel schon erwähnt — die infolge des Krieges übergrößerten Handelsflotten so gut wie sämtlicher Weltstaaten ihren Betrieb mit irgendwie gearteten Staatszuschüssen aufrechterhalten. Das ist sowohl national- wie weltwirtschaftlich kein wünschenswerter Zustand.

Das Bestreben, die Handelspolitik wieder zum Instrument der Außenpolitik (nationalistischer Wirtschaftskrieg) zu machen, besteht in weiten und einflussreichen Kreisen. Der Typ dieser Politik wird immer stinnes bleiben. Die schlimmsten Erfolge jener Auffassung sind die seinerzeit von der militärischen Leitung Deutschlands übernommenen Annektionsforderungen der Schwerindustrie und die Durchführung der aus der gleichen Quelle stammenden Zerstörungsvorschläge während der Besetzung und beim Rückmarsch in Belgien und Nordfrankreich.

Es gibt eine ganze Reihe von Argumenten, die alle darauf hinauslaufen, zu beweisen, daß es notwendig sei, sich vom Ausland unabhängig zu machen, zur nationalwirtschaftlichen Selbständigkeit zurückzukehren. (Obwohl wir — genau genommen — dort nie gewesen sind.) Dabei wird stets vom Konsumenten aus auf die sogenannte Notwendigkeit der nationalen Eigenwirtschaft geschlossen.

Die Arbeitnehmer sollen es grundsätzlich ablehnen, handelspolitische und handelswirtschaftliche Fragen auf die Art erörtern zu lassen, daß man ihnen einen sogenannten Konsumentenstandpunkt unterschiebt, der sie naturgemäß — abstrahiert oder unabhängig — zur Produktion in Gegensatz bringt. Volkswirtschaftliche Organisationsfragen, also auch die Angelegenheiten des Außenhandels, können nur vom Produzentenstandpunkt aus erörtert werden; der Arbeitnehmer ist zuerst Erzeuger und danach Verbraucher. Die Produktion ist die Grundlage der Wirtschaft, aus ihr wächst die Konsumkraft des Volkes.

Neben der Abwehr hat der Gewerkschafter den Angriff zu führen. Die Voraussetzung dazu ist, daß er nicht nur die Kräfte erkennt, die am alten hängen, die mit verbrauchten Begriffen den Fluß der lebenden Entwicklung aufzuhalten versuchen, er muß auch die neuen Energien der Wirtschaft, die zur Gestaltung drängen, erkennen, und er soll sie selbst mit leiten!

Grundsätzlich ist dabei zu beachten, daß der Arbeitnehmer für jeden technischen und organi-

tatorischen Produktionsfortschritt ist. Dabei darf er aber nicht dem sogenannten "Fordismus" verfallen.

Der "Fordismus" — nach Ford, dem amerikanischen Automobilkönig — stammt in direkter Linie von Taylor ab, er vermindert die Unkosten der Produktion, verbilligt die Preise, steigert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, aber er kümmert sich nicht um die Höhe des Unternehmergewinnes, um die Kapitalrente. Wir wollen nicht nur die Fordisierung der Wirtschaft, sondern auch die Auflösung des Unternehmerprofits im Allgemeinen.

Es drängen viele Kräfte zur Auswirkung jener weltwirtschaftlichen Umbildungen, die infolge des Krieges — wie wir im vorigen Artikel schilderten — entstanden sind. Sowohl im nationalen wie im internationalen Maßstab rücken zunehmend die Verarbeitungsstätten in die Rohmaterialengebiete (soweit nicht Kraftbezug, Frachtweg usw. Ausnahmen bedingen). Das Kennzeichen unserer Weltwirtschaft ist, daß weniger neue Absatzgebiete entdeckt werden als früher, statt dessen erwachen neue Produktionsgebiete.

Europa liefert weniger Waren nach der übrigen Welt als früher, dafür mehr industrielle Erzeugnisse, Maschinen und Organisation. Durch den vierjährigen Krieg hat die nichteuropäische Welt zunehmend industrielle Selbständigkeit gewonnen; sie wird sich auf diesem Wege weiterentwickeln.

Nachdem die politische und moralische Vorherrschaft Europas auf der Welt durch deren Erfahrungen im Krieg atz gestiegen hat, ist nunmehr auch die industrielle Priorität Europas gegenüber den anderen Erdteilen auf dem Wege, in ein Verhältnis gleich starker Kräfte verändert zu werden. Damit kommt die älteste industrielle Werkstatt der Welt — Europa — zunehmend (wenn man so sagen darf) in eine Art Kollegialverhältnis zu den neuen, jungen, industriellen Werkstätten der Welt. Wir brauchen mit ihnen Verständigung, wir müssen verhindern, daß der gegenseitige organische Austausch und die Gemeinsamkeit der Produktionsinteressen durch Zollseindigkeit, Kampfzölle usw. gehemmt wird. Die Außenhandelspolitik darf die Entwicklung nicht hemmen, sondern sie muß die Entwicklung unterstützen.

Neben einer großzügigen nationalen Bedarfsbefriedigung, die auf der landeseigenen Produktion aufgebaut ist, muß eine möglichst vollkommene Zulufsmöglichkeit für die Produkte der besten Weltzeugnisse geschaffen werden. Nicht Abschluß, sondern Verbindung ist die Voraussetzung der Gesundung der deutschen Wirtschaft. Im Verlaufe dieser Entwicklung müssen die unrentablen Betriebe und Produktionsstätten der einzelnen Länder durch den Druck der günstiger produzierenden Industrien sich ausschalten lassen.

Mit dieser Entwicklung wird die Industrie nicht sterben, im Gegenteil, sie wird sich beleben, denn es entfehlt die Organisation der wirtschaftlichen Spezialisierung, die die gesamte Welt umfaßt. Verstärkt und unterstützt wird diese Tendenz dadurch, daß jede Wirtschaft in ihrem eigenen Lande für die Gebrauchsgüter des ganzen Volkes eine sichere Arbeitsgrundlage hat. Wird auf ihr nichts geleistet, so liegt es nicht an den Industrien anderer Länder, sondern an der Unfähigkeit der Wirtschaftsführer Deutschlands, deswegen dürfen wir uns nicht absperren, sondern wir müssen die Grenzen öffnen.

Das handelspolitische Programm der Gewerkschaften ist weder ein Konsumentenstandpunkt, noch eine Kriegserklärung an die Wirtschaft anderer Länder, noch eine Schutz- oder Freihandelsfrage. Die Gewerkschaften sind für weltwirtschaftliche Verständigung. Sie sind nicht gewillt, wilhelminische Handelspolitik zu machen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Fachauschüsse für Hausarbeit.

Das Reichsarbeitsministerium unternahm vor einigen Jahren den Versuch, ein Heimarbeiterchutzgesetz zu schaffen. Der Gesetzesentwurf war bereits fertig, ob das geplante Gesetz den Namen Heimarbeiterchutzgesetz wirklich verdient hat oder ob es nur eine Neuauflage des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 war, wissen wir nicht, da der Gesetzesentwurf nicht veröffentlicht wurde. Etwas mehr als dieses scheint der Gesetzesentwurf den Heimarbeitern doch entgegengekommen zu sein, denn die Unternehmer ließen gegen ihn Sturm und forderten seine Zurückziehung, was das Reichsarbeitsministerium selbstverständlich auch tat. Was schließlich erreicht wurde, war eine Abänderung des Hausarbeitsgesetzes, das seitdem als Hausarbeitsgesetz vom 10. Juni 1923 geführt wird. Die Abänderung betrifft u. d. H. die Fachauschüsse, deren Zusammensetzung neu geregelt wird, und die das Recht erhalten, in Lohn- und Tariffragen entscheidend einzugreifen. Im Gesetz sind die Fachauschüsse nicht erschöpfend behandelt, das soll nach § 42 durch eine besondere Verordnung geschehen. Nunmehr ist diese Verordnung über Fachauschüsse für Hausarbeit vom 28. November 1924 endlich erlassen worden.

Nach § 19 des Hausarbeitsgesetzes kann der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der Unternehmerverbände und Gewerkschaften und der zuständigen Berufsvertretungen der Unternehmer und Arbeiter (die Arbeiter haben eine solche noch nicht, obwohl die Reichsverfassung sie vorsieht) und mit Zustimmung des Reichsrats für bestimmte Gewerbe- und Gebiete die Errichtung von Fachauschüssen beschließen. Nach der Reichsarbeitsminister von diesem Recht keinen Gebrauch, dann können die obersten Landesbehörden Fachauschüsse errichten lassen. Unterlassen beide Behörden die Errichtung, dann sind Fachauschüsse zu bilden, wenn die unabhängigen Unternehmerverbände und Gewerkschaften gemeinsam einen dahingehenden Antrag stellen. Leider sind bisher nur wenige Fachauschüsse errichtet worden, obwohl diese das Kernstück des Hausarbeitsgesetzes bilden. Wenn der Reichsarbeitsminister nicht will, daß das bisher gesetzlicher Heimarbeitergesetz nur auf dem Papier steht, dann muß er Fachauschüsse errichten lassen. Wenn in einem Gebiet mehrere

Gewerbe- und Hausarbeiter beschäftigen und für alle ein gemeinsamer Fachauschuß errichtet ist, so sind für die einzelnen Gewerbe- und Hausarbeiter-Abteilungen zu bilden.

Die Fachauschüsse bestehen aus der gleichen Zahl Unternehmer- und Arbeitervertreter sowie aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende und die Vertreter werden von der obersten Landesbehörde ernannt. Die Unternehmer- und Arbeitervertreter werden von der gleichen Behörde bestellt, sie hat sich dabei an die von den Unternehmerverbänden und Gewerkschaften eingereichten Vorschlagslisten zu halten. Unternehmervertreter kann nur sein, wer mindestens seit sechs Monaten als Gewerbetreibender einem der Gewerbe- und Hausarbeiter-Fachauschüsse errichtet ist, im Hauptberuf angehört und regelmäßig Hausarbeiter beschäftigt oder Hausarbeit ausübt. Arbeitervertreter kann nur sein, wer mindestens seit sechs Monaten in einem der Gewerbe- und Hausarbeiter-Fachauschüsse errichtet ist, als Hausarbeiter beschäftigt ist. Außerdem können Unternehmervertreter und Gewerkschaftssekretäre als Vertreter vorgeschlagen und bestellt werden. Unternehmer- und Arbeitervertreter müssen deutsche Reichsangehörige und 24 Jahre alt sein. Die Amtsdauer der Vertreter und Beisitzer dauert ein Jahr. Ihr Amt gilt als Ehrenamt, für die Teilnahme an den Sitzungen erhalten

sie nur eine billige Entschädigung für die ihnen erwachsenen Unkosten und für den entgangenen Arbeitsverdienst.

Nach § 20 des Hausarbeitsgesetzes haben die Fachauschüsse folgende Aufgaben:

1. Auf Ersuchen der Staats- und Gemeindebehörden die von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienste zu ermitteln, deren Angemessenheit zu begutachten und Vorschläge für die Berechnung angemessener Entgelte zu machen;
2. auch sonst den Abschluß von Lohnabkommen oder Tarifverträgen zu fördern;
3. wenn den Hausarbeitern offenbar unzulängliche Entgelte gezahlt werden und eine Verständigung über ihre Erhöhung nicht erzielt wird, die Bestimmungen eines Tarifvertrages über die Entgelte als allgemeinverbindlich zu genehmigen oder Mindestentgelte für Hausarbeiter festzusetzen;
4. die Aufgaben der Schlichtungsausschüsse bei Arbeitsstreitigkeiten zwischen Unternehmern und Hausarbeitern zu erfüllen;
5. die Staats- und Gemeindebehörden bei statistischen Erhebungen über die Verhältnisse in den Gewerbe- und Hausarbeitsbetrieben zu unterstützen;
6. Wünsche und Anträge, die sich auf die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gewerbe- und Hausarbeitsbetriebe beziehen, zu beraten;
7. Beratungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der Wohlfahrt der Hausarbeiter zum Zwecke haben, anzuregen und an ihrer Verwaltung mitzuwirken.

Aus dieser Aufzählung der Aufgaben geht hervor, daß die Fachauschüsse ernste und wichtige Arbeiten zu leisten

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im November 1924.

Die seit einigen Monaten beobachtete Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage hat im Monat November weitere Fortschritte gemacht. Anzeichen dieser allgemeinen Besserung kann man auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens erkennen. Nicht nur der Arbeitsmarkt zeigt ein freundlicheres Gesicht, auch die Aktienkurse haben sich gebessert, der Geldmarkt zeigt eine fortschreitende Erleichterung, und die Zahl der Konkurse ist im Rückgang begriffen. Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage muß allerdings das letztgenannte Moment besonders gewertet werden. Zählt man Konkurse und Geschäftsaufsichten, welche letztere man vor dem Kriege nicht kannte, zusammen, dann ist deren Zahl auch im Oktober

noch höher als die Zahl der Konkurse im Monatsdurchschnitt 1913. Das ist ein Anzeichen für den Rückgang der Zahl der in der Inflationszeit ins Leben getretenen überflüssigen Geschäftsunternehmungen, die unsere Wirtschaft belasten. Für deren Gesundung wäre es von Vorteil, wenn dieser Reineigungsprozeß noch lebhafter vonstatten ginge. — Die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage zeigt sich auch in der Holzindustrie. Die vom Deutschen Holzarbeiter-Verband geführte Statistik über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben umfaßt für den Monat November 544 Betriebe mit 87 441 Beschäftigten. Außerdem wurde von fünf Betrieben mit 574 Beschäftigten gemeldet, daß sie

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat November 1924.

Berufszweig	Beschäftigte	Anzahl der Betriebe	Geschäftslage						Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit ... Beschäftigung												
			gut		befriedigend		schlecht		November 1924		Oktober 1924		November 1923								
			Str.	Arb.	Str.	Arb.	Str.	Arb.	gut	schl.	gut	schl.	gut	schl.							
Möbel	100	12992	770	104	4058	59	7514	50	4443	11	1095	57,8	34,2	8,0	48,2	37,3	14,5	22,5	30,6	46,9	
Wau und Möbel	16	2448	79	4	501	8	1020	4	671	4	765	41,7	27,4	30,9	83,2	24,1	42,7	17,1	34,5	48,4	
Weißes Möbel	17	1772	122	6	364	11	1205	4	309	2	258	68,0	17,4	14,8	50,3	49,7	—	—	21,4	78,6	
Bureaumöbel	11	1455	58	2	555	5	881	6	574	—	—	60,5	39,5	—	35,9	40,2	23,9	—	26,8	73,2	
Bau u. Holzbeerb.	10	1052	23	2	190	10	1052	—	—	—	—	100,0	—	—	81,4	18,6	—	—	6,2	93,8	
Estet., pfer. usw. Art.	6	825	83	11	224	4	640	1	122	1	68	77,6	14,8	7,6	58,1	33,8	8,1	17,3	72,2	10,5	
Stühle	31	3342	87	50	860	18	2126	9	893	4	323	63,6	26,7	9,7	61,1	28,6	10,3	0,4	26,5	64,1	
Bild- u. Spiegel	8	1174	69	7	234	4	533	4	641	—	—	45,4	54,6	—	44,3	55,7	—	—	25,2	74,8	
Uhrgehäuse	11	2904	45	31	451	6	1040	5	1864	—	—	35,8	64,2	—	73,8	18,9	7,9	36,8	59,5	3,7	
Holzwaren	38	5302	109	68	862	31	4602	6	560	1	140	86,8	10,6	2,6	55,8	39,8	4,4	18,6	41,0	40,4	
Pianos, Orgeln	54	11557	245	76	1480	43	9250	11	1598	—	—	86,2	13,8	—	63,5	26,2	10,3	30,0	40,1	29,0	
Andr. Musikinstr.	11	3021	29	23	258	5	2200	6	812	—	—	73,1	26,9	—	70,9	29,1	—	67,9	29,4	2,7	
Sägewerke	40	4875	196	94	1428	27	3676	10	1086	9	113	75,4	22,3	2,3	55,2	40,0	4,8	22,3	41,9	35,8	
Sägen, Packfässer	19	2534	127	12	484	10	1732	6	537	3	265	68,3	21,2	10,5	57,7	23,5	15,8	21,1	16,2	62,7	
Spertholz	8	1024	87	1	368	6	887	2	137	—	—	86,6	13,4	—	80,8	5,5	13,7	—	73,9	26,1	
Schuhleisten	8	1349	22	16	224	5	1018	2	255	1	76	75,5	18,0	5,6	60,4	39,6	—	—	28,1	—	
Bürsten, Pinsel	22	5088	76	15	525	13	2951	8	2027	1	110	58,0	39,8	2,2	62,9	34,7	2,4	12,4	31,6	56,0	
Kämme u. Haarschm.	10	1271	69	25	312	6	580	2	223	2	469	45,6	17,6	36,8	15,5	32,5	52,0	32,1	16,2	51,7	
Knöpfe	16	2693	273	18	232	8	1552	6	960	2	182	57,6	35,6	6,8	29,5	57,2	13,3	24,3	—	75,7	
Stöcke, Schirme	7	830	16	2	30	6	812	1	68	—	—	92,3	7,7	—	100,0	—	—	—	78,6	31,4	
Pfeifen	6	919	53	—	47	4	559	2	360	—	—	60,8	39,2	—	65,9	34,1	—	—	53,5	46,5	
Bliehkiste	5	2950	31	133	303	1	810	2	870	2	1270	27,5	29,5	43,0	—	—	—	—	—	—	
Stuhlrohr	2	870	22	23	180	1	535	1	315	—	—	63,8	36,2	—	100,0	—	—	—	42,7	—	
Korken	6	1038	56	16	260	4	563	1	200	1	275	54,2	19,3	26,5	80,0	20,0	—	—	58,8	41,2	
Korbwaren	6	437	16	7	315	1	100	2	208	3	129	22,9	47,6	29,5	—	69,2	30,8	—	—	55,6	44,4
Sport- u. Rindern.	9	2039	34	12	52	6	1405	3	634	—	—	68,9	31,1	—	41,2	58,8	—	—	—	100,0	
Waggons	25	4796	167	80	3200	11	2882	5	1102	9	862	59,0	23,0	18,0	34,3	37,7	28,0	2,4	25,2	72,4	
Karosserien u. Auto	12	1504	30	5	391	7	758	5	740	—	—	50,4	49,6	—	36,3	13,9	49,8	33,1	37,2	29,7	
Werkzen	14	2104	19	111	1591	3	727	4	742	7	635	94,5	35,3	30,2	15,0	49,2	34,9	11,2	67,0	21,8	
Nähmaschinen	16	3227	61	18	596	14	2945	2	282	—	—	91,3	8,7	—	49,8	50,2	—	40,9	39,0	20,1	
Zusammen	544	87441	3053	977	20323	337	57243	150	23289	67	6959	65,5	26,6	7,9	51,6	36,3	12,1	23,1	33,7	43,2	
Im Vormonat	535	84158	3095	1220	21840	261	43412	191	80581	83	10185										

infolge Arbeitsmangels stillgelegt sind. Hält man dazu, daß in 25 Betrieben mit 5263 Beschäftigten verkürzt gearbeitet wurde, dann erkennt man, daß trotz der eingetretenen Besserung von einem guten Geschäftsgang noch nicht gesprochen werden kann. Allerdings werden aus 122 Betrieben mit 30 382 Beschäftigten überstanden gemeldet, und das Verhältnis von 97 Entlassenen zu 3053 Neueingestellten zeigt, daß der Arbeiterstand der Betriebe wieder aufgefüllt wird; die 20 323 leeren Arbeitsplätze deuten dagegen darauf hin, daß die volle Leistungsfähigkeit der Betriebe bei weitem noch nicht erreicht ist. Eine Besserung ist fast in allen Betrieben festzustellen, eine Ausnahme macht allenfalls die Korkschneiderei, bei der ein Rückgang zu konstatieren ist. Trotz eingetretener Besserung ist aber die Lage in einzelnen Berufszweigen noch recht ungünstig, so in der Bleistiftindustrie. Insgesamt entfallen von je 100 Beschäftigten 65,5 auf Betriebe mit gutem, 26,6 auf solche mit befriedigendem und 7,9 auf Betriebe mit schlechtem Geschäftsgang.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende November 1924.

Gau	Berichtet haben	Arbeitslos	von je 100	Rück	Berichtet haben
	mit Mit-	am	glichen	haben	mit Mit-
	gliedern	30. 11. 24	waren	mit	gliedern
			arbeitslos	alle	
Ostpreußen	53	5052	381	6,55	7
Stettin	89	8068	168	2,08	5
Breslau	82	15519	1146	7,38	9
Berlin	1	25747	2505	9,73	—
Brandenburg	113	10943	472	4,31	18
Prenzlau	53	27393	1970	7,19	5
Leipzig	66	32284	1577	4,88	4
Erfurt	95	12466	1020	8,18	15
Magdeburg	50	12209	812	6,65	7
Hannover	65	21840	2509	11,49	3
Sachsen	63	19655	1207	6,14	4
Düsseldorf	88	19474	938	4,82	7
Köln	77	19490	2087	10,76	4
München	105	20372	1589	7,70	11
Stuttgart	72	9370	492	5,25	4
Saarpfalz	113	21550	697	3,23	6
Zusammen	1185	231503	19512	8,93	100
Im Vormonat	1190	228212	25696	9,00	102

Die wöchentliche Arbeitszeit war verfließt um Stunden

	September	Oktober	November
	Betriebe	Betriebe	Betriebe
1 bis 8	263	7821	179
9 " 16	347	12093	147
17 " 24	444	12616	231
25 und mehr	40	811	11
Zusammen	1094	33141	558

Die auf die Gesamtzahl der Mitglieder bezogene Zahl der Kurzarbeiter ging von 11,87 Prozent Ende September auf 6,80 Prozent Ende Oktober und 3,73 Prozent Ende November zurück. Zusammenfassend kann man auf Grund dieser Ergebnisse die Geschäftslage im November dahin stellen, daß eine merkliche Besserung eingetreten ist, doch kann die Lage bei weitem noch nicht als gut bezeichnet werden.

haben. Unsere Heimarbeiter haben also alle Ursache, die Errichtung von Fachauschüssen zu fördern und an ihrer Tätigkeit lebhaften Anteil zu nehmen.

Über das Verfahren der Fachauschüsse enthalten die §§ 13 bis 20 der Verordnung eingehende Bestimmungen. Der Vorsitzende führt die laufenden Geschäfte des Fachauschusses und vertritt ihn nach außen. Er bestimme die Sitzungen, leitet die Verhandlungen und nimmt an ihnen, ebenso wie die Beisitzer, mit vollem Stimmrecht teil. Auf Antrag von zwei Dritteln der Unternehmer- und Arbeitervertreter hat er den Fachauschuß oder die Abteilung spätestens innerhalb zweier Wochen zur Sitzung einzuberufen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Gültige Beschlüsse können nur gefaßt werden, wenn alle Mitglieder unter Mitteilung der Beratungsgegenstände geladen sind, und wenn an der Abstimmung der Vorsitzende sowie mindestens ein Beisitzer und je zwei Unternehmer- und Arbeitervertreter teilnehmen. Der Fachauschuß beschließt (mit Ausnahme bei Entscheidungen über Entgeltregelungen und Gutachten gemäß § 20, Nr. 1, 3, 4 und 5 des Hausarbeitsgesetzes; darüber weiter unten Näheres) mit einfacher Stimmenmehrheit. Stimmeneinheit gilt als Ablehnung. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Abstimmung muß geheim sein, wenn mindestens die Hälfte der Unternehmer- oder Arbeitervertreter dies verlangt.

Ein Verfahren auf Festsetzung von Mindestentgelten wird von Amts wegen oder auf Antrag der hierzu berechtigten Unternehmerverbände oder Gewerkschaften eingeleitet. Voraussetzung ist, daß im Bezirk des Fachauschusses den Hausarbeitern oder einem Teile von ihnen offenbar unzulängliche Entgelte gezahlt werden und eine Verständigung zur Herbeiführung zulänglicher Entgelte nicht erzielt worden ist. Im § 20 des Hausarbeitsgesetzes wird bestimmt:

Als unzulängliche Entgelte sind Arbeitsvergütungen anzusehen, die Heimarbeitern für bestimmte Arten von Heimarbeit unter Zugrundelegung einer normalen Arbeitszeit und einer vollwertigen und erschwerenden Arbeit nicht den ortsüblichen Lohn zu erreichen ermöglichen, oder die hinter den in anderen Bezirken mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen für die gleiche Arbeit gezahlten Löhnen zurückbleiben oder den in demselben Bezirk im Werkstat und Fabriken gezahlten Löhnen für ähnliche Arbeiten nachstehen.

Wenn dem Vorsitzenden des Fachauschusses ein Antrag auf Festsetzung von Mindestentgelten eingereicht wird, so hat er den Antrag auf die Tagesordnung einer innerhalb von vier Wochen einzuberufenden Sitzung zu setzen. In dringenden Fällen ist die Frist möglichst abzukürzen; das sollte die Regel sein. Der Fachauschuß hat vor der Beschlussfassung Erkundigungen einzuziehen, ob für den in Frage kommenden Gewerbebezirk in seinem Bezirk bereits gültige Tarifverträge bestehen, die die Entgelte der Hausarbeiter regeln. Liegt ein solcher Tarifvertrag vor und enthält er zulängliche Entgelte, so kann der Fachauschuß die in Betracht kommenden Tarifbestimmungen für allgemeinerbindlich erklären. Wenn keine tarifliche Regelung der Entgelte vorliegt, so hat der Fachauschuß zunächst auf den Abschluß eines Tarifvertrages hinzuwirken. Gelingt das nicht, dann soll der Fachauschuß Mindestentgelte für die Hausarbeiter festlegen.

Nach § 27 der Verordnung sind Beschlüsse über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen oder über die Festsetzung von Mindestentgelten endgültig, wenn sie von dem Vorsitzenden und mindestens einem Beisitzer und zugleich von einer Zweidrittelmehrheit der Vertreter gefaßt sind. Eine weitere Voraussetzung ist, daß der Fachauschuß ordnungsmäßig zusammengefaßt ist. Nach § 21 der Verordnung muß bei Beschlüssen gemäß § 20, Nr. 1, 3, 4 und 5 des Hausarbeitsgesetzes die gleiche Zahl von Unternehmer- und Arbeitervertretern mitwirken. Sind auf der einen Seite mehr Vertreter als auf der anderen erschienen, so scheidet auf der Seite, die mehr Vertreter aufweist, die überschüssige Zahl von Vertretern, mit dem an Lebensalter jüngsten beginnend, aus.

Hat der Fachauschuß als Schlichtungsausschuß zu entscheiden, so finden auf das Verfahren die für das Schlichtungsverfahren geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. Für die Zusammenfassung gelten die bereits erwähnten Bestimmungen des § 21 der Verordnung.

Mit dem Inkrafttreten der Verordnung am 1. Dezember sind die früheren Bestimmungen über Fachauschüsse für Hausarbeiter erloschen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Nachdem die Gewerkschaften wiederholt eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gefordert haben, hat der Reichsarbeitsminister nun endlich zugestimmt. Über auch die neuen Unterstützungsätze sind noch völlig unzulänglich. Vom 16. Dezember an betragen die Höchstätze wochentäglich in Pfennigen:

Table with columns: Ortsklasse, Erwerbslose (über 21 Jahre, unter 21 Jahren), Familienzuschläge (Ehegatten, Kinder u. sonst. Angehörige). Rows for Wirtschaftsbereich I (Osten), II (Mitte), III (Westen).

Für weibliche Erwerbslose über 21 Jahre, die nachweisen, daß sie Familienangehörige zu ernähren haben, gelten dieselben Höchstätze wie für Männer über 21 Jahre.

Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Falle folgende Beträge übersteigen:

Table showing support amounts for different economic regions (Wirtschaftsbereich I, II, III) for men and women.

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung) nicht übersteigen.

Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebenden Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne der Bestimmung als ihr Mitglied.

Aus dem Verbandsleben. Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 51. Wochenbeitrag für die Woche vom 14. Dezember bis 20. Dezember fällig geworden.

Am 1. Januar 1925 wird außer der Reise-, Notfall-, Umzugs- und Sterbunterstützung auch die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes wieder eingeführt werden.

Arbeitslose Mitglieder, die mindestens 52 Wochen dem Verbandsangehörigen und mindestens 52 Beiträge entrichtet, haben sich bis spätestens 22. Dezember bei ihrer Ortsverwaltung unter Vorlegung ihres Mitgliedsbuches zu melden und sich den von den Ortsverwaltungen eingeführten Kontrollanordnungen zu unterstellen.

Reist die Arbeitslosigkeit erst am 24. Dezember ein, dann ist der erste Tag der Werbung der nächstfolgende Arbeitstag, also der 27. Dezember, und der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung beginnt nach Ablauf der notwendigen Wartefrist, demnach am 8. Januar.

Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben nur diejenigen Mitglieder, die regelmäßig ihre Beitragspflicht erfüllen, bei denen die betragsspezifischen Wochen abgetempelt sind, die nicht mehr als drei Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sind, und die bis zum 23. Juni bis 26. Juli 1924 ausgeschriebenen Beitragsbeiträge entrichtet haben.

Wie anlässlich, müssen auch in diesem Jahre am Jahreschluss die einzelnen Sektionen Situations- bzw. Jahresberichte an ihre Zentralkommissionen einreichen. Alle Branchen, die der Branchenabteilung im Hauptbüro angeschlossen sind, erhalten in der nächsten Zeit Fragebogen zur Ausfüllung und Einreichung. Mit dem Fragebogen können sie dann gleich ihre Jahresberichte verbinden.

Berlin S. O. 16, Am Röllischen Park 2. Der Vorstandsvorsitzende.

Unser Verbands-Almanach.

Der Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1925 ist erschienen; ein großer Teil der Auflage ist verandt und dürfte bereits in den Händen der Kollegen sein. Im 26. Jahrgang erscheint jetzt dieser „Taschenkalender“ für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Er erfreut sich einer stets wachsenden Beliebtheit und die Zahl derer, die sich das Büchlein anschaffen, steigt von Jahr zu Jahr. Das kommt daher, daß unser Almanach ein wirklich wertvolles Taschenbuch ist. Er bringt neben dem Kalender und dem sonst üblichen Inhalt eines Taschenkalenders eine große Fülle von Material, das in die knappste Form gepreßt, Auskunft gibt über Fragen aus den verschiedensten Gebieten, deren schnelle Beantwortung oft recht erwünscht ist. Daß in unserem Verbands-Almanach der Deutsche Holzarbeiter-Verband besondere Berücksichtigung findet, ist selbstverständlich. Er enthält zahlreiche Daten und Übersichten über die Entwicklung und die Tätigkeit des Verbandes. Auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist berücksichtigt, und über die anderen Gewerkschaftsrichtungen enthält der Almanach gleichfalls die wichtigsten Daten. Neben einigen wiederkehrenden Abhandlungen, wie dem Leitfaden für Versammlungsleiter, den parlamentarischen Regeln usw., enthält der Almanach diesmal ein Kapitel über praktische Geometrie und Anleitungen zur Berechnung von Flächen und Körpern. Der Abschnitt über Maße und Gewichte ist dadurch besonders wertvoll, weil er Vergleiche mit den alten Maßen und Gewichten ermöglicht, die sich in manchen Gegenden als sehr zahlreich erweisen haben. Das Verzeichnis der gebräuchlichsten Maßbestimmungen dürfte mitunter gute Dienste leisten, nicht minder das kleine Lexikon des gewerblichen Rechtes, das eine neue Überarbeitung erfahren hat. Wir beschränken uns auf diesen kurzen Auszug aus dem reichhaltigen Inhalt. Im Grunde bedarf unser Verbands-Almanach keiner besonderen Empfehlung. Wer ihn einmal besessen und benutzt hat, mag ihn nicht wieder missen.

Sachblatt für Holzarbeiter.

Vom „Sachblatt für Holzarbeiter“ liegt jetzt der 19. Jahrgang im schmucken Einband vor. Blättern man den Band durch, dann findet der Holzarbeiter, vor allem der Tischler, auf den 192 Seiten Anregungen in Hülle und Fülle. Das „Sachblatt für Holzarbeiter“ ist nicht eine, sondern die Monatschrift für die sachtechnische und kunstgewerbliche Fortbildung der holzverarbeitenden Berufe. Von Jahr zu Jahr hat es sich eine ständig größere Leserschaft erworben. Als das Sachblatt 1906 sein Erscheinen begann, ahnte niemand den Aufschwung, den es inzwischen genommen hat. Während der Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre hat seine Aufwärtsentwicklung naturgemäß gelitten. Für unseren Deutschen Holzarbeiter-Verband ist die Herausgabe des „Sachblatt für Holzarbeiter“ keine Sache des Gewinns, sondern eine Aufgabe zur Förderung des Gewerbes und der allgemeinen Kultur. Wenn der Verband immer hätte danach fragen wollen, was das „Sachblatt für Holzarbeiter“

ihm einbringt, also als Geschäftsmann hätte handeln wollen, dann hätte die Herausgabe manchmal unterbleiben müssen. Es gab Zeiten, wo die Bezugsgebühren nur einen kleinen Teil der Unkosten deckten, die für das Sachblatt aufgewendet werden mußten. Das war besonders in der Inflationszeit der Fall, wo der Verband große Zuschüsse leisten mußte. Aber niemals ist dem Verbandsvorstand auch nur der Gedanke gekommen, die Herausgabe einzustellen, obwohl sonst überall im Verband Einschränkungen vorgenommen wurden. Hieraus ist zu ersehen, welchen Wert der Verband auf die sachtechnische und kunstgewerbliche Fortbildung seiner Mitglieder legt.

Daß die bisherigen Leser des „Sachblatt für Holzarbeiter“ ihm auch fernertlich die Treue halten, ist selbstverständlich. Sie sollten sich aber auch bemühen, neue Anhänger zu werben. Denn je größer die Leserschaft, um so mehr kann für die weitere Ausgestaltung der Zeitschrift getan werden. Denjenigen Kollegen, die bisher noch nicht Bezüge des „Sachblatt für Holzarbeiter“ waren, empfehlen wir die Anschaffung des gebundenen Jahrgangs 1924. Verbandsmitglieder erhalten den Band, wenn die Bestellung bei der Ortsverwaltung erfolgt, für 7 M. Im Buchhandel beträgt der Preis 8 M.

Unsere Lohnbewegung.

Für den Landesbezirk Württemberg wurde am 8. Dezember ein Vertrag unterzeichnet, der außer dem Lohn auch die bisher strittigen Punkte des Mantelvertrages regelt. Im allgemeinen gilt das Ergebnis der zentralen Verhandlungen vom 16. September. Hinsichtlich der Ferien wurde jedoch vereinbart, daß die günstigeren Bestimmungen der württembergischen Vereinbarung vom 6. Mai 1924 auch für das Jahr 1925 Gültigkeit behalten. Der Durchschnittslohn in Ortsklasse II beträgt ab 4. Dezember 71 Pf. Rünftig gelten vier Ortsklassen, die mit II bis V bezeichnet werden. Die Lohnspanne zwischen den Klassen beträgt je 5 Prozent. Die festgesetzten Löhne gelten für die Möbelindustrie und die gleichgelagerten Betriebe. In den Holzwarenfabriken beträgt der Durchschnittslohn des Facharbeiters 90 Prozent, in den Werkzeugfabriken 95 Prozent dieser Sätze. Der neue Vertrag gilt bis zum 15. Februar 1926.

In der thüringischen Sägewerksindustrie dauert der Kampf zur Durchsetzung des Schiedspruches fort, dessen Verbindlichkeitserklärung der Schlichter abgelehnt hat, weil die Sägewerksbesitzer gewohnheitsmäßige Vertragsbrecher sind. Die Unternehmer haben inzwischen beschlossen, alle organisierten Sägewerksarbeiter auszusperrern. Ob und wie weit es ihnen gelungen ist, diesen Beschluß durchzusetzen, ist vorerst noch nicht bekannt.

In Kagen war vom Schlichtungsausschuß der Durchschnittslohn von 70 auf 78 Pf. erhöht worden. Dieser Spruch ist für verbindlich erklärt worden, so daß also rückwirkend vom 15. November 78 Pf. zu zahlen sind. In den Sägereibetrieben und Holzhandlungen wurden auf unseren Antrag hin die bestehenden Löhne von 66 Pf. auf 65 Pf. erhöht.

In Berlin wurde für die Korbmacher in den am 8. Dezember mit der Korbmacherinnung vor dem Schlichter geführten Verhandlungen eine Vereinbarung getroffen, durch welche der Durchschnittslohn auf 70 Pf. festgesetzt wird.

In Corbeitha sind die Korbmacher bei der Firma Otto Müller ausgesperrt. Der Unternehmer verweigerte die Anerkennung des mit der Unternehmerorganisation abgeschlossenen Lohnabkommens und verlangte statt dessen die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden. Als die Kollegen darauf nicht eingingen, wurden sie entlassen.

In Hohenwestedt i. Holst. haben bei der Firma Faschindustrie A.-G. am 3. d. M. etwa 45 Kollegen wegen fortgesetzter Akkordpreisderegulierungen die Arbeit eingestellt. In der Hauptsache stellte die Firma Margarinefabrik her. Die Kollegen, die in ähnlichen Fabrikationszweigen arbeiten, werden ersucht, auf evtl. Streikarbeit Obacht zu geben.

In Leipzig ist für die Maßfabriken am 6. Dezember ein Abkommen getroffen worden, durch welches der Lohn an der Spitze um 5 Pf. erhöht wird, er steigt damit auf 71 Pf.

In Nürnberg ist der Streit der Tischler beendet. Die Unternehmer haben sich mit der 48stündigen Arbeitszeit abgefunden. Der Durchschnittslohn wurde ab 8. Dezember auf 67 Pf. festgelegt.

In Mellendorf in Thüringen haben unsere Kollegen, etwa 120 Mann, bei der Firma S. M. Kranich, Holzwarenfabrik, am 8. Dezember die Arbeit eingestellt. Im November war in einer vom Betriebsrat mit der Firma getroffenen Vereinbarung festgelegt worden, daß ab 21. November die vertraglichen Löhne nach der Ortsklasse IV gezahlt werden. Das ist zunächst geschehen. Dann aber erklärte der Betriebsinhaber, daß er Mitglied des Arbeitgeberverbandes geworden und von diesem veranlaßt sei, nur nach Ortsklasse V zu zahlen. Das gehört nämlich zu den Agitationsmethoden des Arbeitgeberverbandes, die Außenstehende zum Anschluß zu bewegen durch das Versprechen, sie in eine niedrigere Ortsklasse zu bringen. Daß unsere Kollegen keine Neigung haben, in Lohnabzüge zu willigen, um dem Arbeitgeberverband seine Agitation zu erleichtern, ist verständlich. So kam es zur Arbeitseinstellung.

In Stade haben die Tischler die Arbeit eingestellt. Die vorausgesetzten Verhandlungen über ein Lohnabkommen waren ergebnislos geblieben, weil die Unternehmer nur ganz unzulängliche Zugeständnisse machen wollten.

Aus Stuttgart wird berichtet, daß die Firma Daimler-Motoren-Gesellschaft, Karlsruherwerk (Sindelfingen), die Gesamtkollegenchaft ausgesperrt hat. Die Ursache ist eine Lohnforderung, die in den kleineren Karosseriefabriken einen Akkorddurchschnittsverdienst von 90 Pf. festlegt, von der Daimler-Motoren-Gesellschaft jedoch abgelehnt wurde. Die angebotene Vermittlung von Vertretern der Gewerkschaften wurde brüskal mit der Erklärung zurückgewiesen: Mit Gewerkschaftsvertretern wird überhaupt nicht verhandelt. Der Kampf verläuft sehr hartnäckig zu werden. Der Streit der Glaser ist ebenfalls beendet. Der Abschluß bringt eine Gesamtlohnerhöhung von 15 Pf. und die Bestimmung, daß der Lohn der Glaser 15 Prozent über dem Lohn der allgemeinen Holzindustrie liegt.

Aus der Holzindustrie.

Die Unfallstatistik der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft.

Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft hat vor einiger Zeit ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1923 herausgegeben, der in sehr knapper Form gehalten war. Wir haben ihn in Nr. 32 der „Holzarbeiter-Zeitung“ besprochen. Neuerdings ist uns ein Nachtrag zugegangen, der die Statistik der im Jahre 1923 gemeldeten und entschädigten Unfälle enthält. Die Unfälle sind hier so zusammengestellt, daß nicht nur zu ersehen ist, wieviel gemeldete und wieviel entschädigte Unfälle an den einzelnen Arten von Maschinen und bei sonstigen Einrichtungen vorgekommen sind, außerdem sind auch die Unfallstellen an den Maschinen spezifiziert. So sind z. B. bei dem Posten: „Kreissäge“, einschl. fahrbare Brennholzkreissäge“ angegeben, wieviel Unfälle je gemeldet bzw. entschädigt wurden 1. am Sägeblatt (Schnittseite), 2. Oberer Teil, 3. Hinterer Teil (Spaltseite), 4. Unterer Teil, 5. Zahn- und Kettenräder, 6. Sonstiges. Ähnlich ist die Spezifizierung bei den anderen Maschinen durchgeführt. Dieses Schema ist, wie aus dem Titel der Zusammenstellung hervorgeht, vom Verband der Deutschen Holzberufsgenossenschaften vereinbart. Für die Ausschussorgane gewährt diese Zusammenstellung einen wertvollen Einblick in die eigentlichen Gefahrenquellen und man kann diese Kenntnis als einen Beitrag zur Bekämpfung der Unfälle begrüßen.

Auch für die Arbeiterschaft ist diese Übersicht recht lehrreich. Leider verbietet es ihr Umfang, sie auch nur auszugsweise an dieser Stelle wiederzugeben. Vielleicht erwägen die Berufsgenossenschaften, ob sich nicht ein Weg finden läßt, den gefährdeten Arbeitern die wichtigsten Ergebnisse ihrer Unfallstatistik in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. Eine Verbindung mit der Unfallschutzpropaganda durch das Schaubild scheint nicht außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß man bei den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie anscheinend anerkennt hat, daß es dem Unfallschutz nur förderlich ist, wenn auch die Arbeiter von der Tätigkeit der Träger der Unfallversicherung Kenntnis erlangen, und daß die Verbreitung dieser Kenntnis am besten durch die Besprechung der Berichte in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erreicht wird. Eine Ausnahme macht nur die Sächsische Holzberufsgenossenschaft, die uns ihren Bericht, der im Buchhandel nicht erhältlich ist, seit Jahren vorenthält.

Schlüsse auf die größere oder geringere Gefährlichkeit der einzelnen Maschinen lassen sich aus der Statistik nicht ohne weiteres ziehen, dazu wäre auch die Angabe über die Zahl der im Betriebe befindlichen Maschinen erforderlich, auch die Kenntnis, ob sie dauernd oder nur zeitweilig benutzt werden. Das sind Daten, die statistisch kaum zu erfassen sind. Die absolut größte Zahl und auch die gefährlichsten Verletzungen ereignen sich an den Kreissägen. Hier sind 1338 Unfälle, davon 289 oder 21,6 Prozent entschädigt registriert. An der Abriemaschine wurden 878 Unfälle gemeldet, aber nur 43 oder 4,9 Prozent waren entschädigungspflichtig. Hier zeigt sich der Wert der runden Messerwelle. An den Fräsen wurden 711 Unfälle gemeldet, davon 108 oder 15,2 Prozent entschädigungspflichtig. Eine verhältnismäßig große Zahl von Unfällen, nämlich 1097, davon 121 oder 11 Prozent entschädigungspflichtig, ereigneten sich beim Auf- und Abladen von Holz. Insgesamt wurden 9924 Unfälle gemeldet, von denen 1157 oder 11,7 Prozent entschädigungspflichtig waren; 92 Unfälle waren tödlich. Die Unfälle sind in drei Gruppen gegliedert:

Gemeldete Unfälle	Entschädigte Unfälle	Son je 100 gemeldeten Unfällen wurden entschädigt	
		Tödliche Unfälle	Entschädigte Unfälle
Maschinenunfälle 4209	593	14,1	27
Sebemaschinen - Unfälle 92	15	16,3	1
Sonstige Unfälle 5623	549	9,8	64
Zusammen 9924	1157	11,7	92

Weder in dem früher erschienenen Verwaltungsbericht noch in der jetzt vorliegenden Unfallstatistik ist die Zahl der Berufschützen oder der Holzarbeiter genannt. Es ist daher

nicht möglich, die Unfallhäufigkeit insgesamt und im Vergleich zu früheren Jahren festzustellen. Noch auf ein störendes Moment sei hingewiesen. In dem Bericht der technischen Aufsichtsbeamten sind - gleichfalls Zahlen über die vorgekommenen Unfälle genannt, die jedoch von denen in der vorliegenden Statistik wesentlich abweichen. Der Bericht würde an Wert gewinnen, wenn er die Gründe für solche Unstimmigkeiten enthalten würde.

Erwähnt sei noch, daß eine Übersicht über die Tätigkeiten gegeben ist, die besonders häufig zu Unfällen führten, und schließlich enthält der Bericht eine Statistik der Unfallursachen. In sich wäre eine Erhebung über die Schuld an den Unfällen sehr zu begrüßen, aber die Voraussetzung für eine solche Statistik ist eine zuverlässige Feststellung in jedem Einzelfalle, und dazu gehört eine Beteiligung der Arbeitervertretung an jeder Unfalluntersuchung. Aus den von der Berufsgenossenschaft gegebenen Zahlen ist nicht ersichtlich, wie sie gewonnen wurden, weshalb wir auch auf sie nicht eingehen. Nach der bestehenden Gesetzgebung sind die Berufsgenossenschaften Organisationen der Unternehmer, und die Arbeiter sind nur Objekte dieser Gesetzgebung. Deshalb muß einer Statistik der Berufsgenossenschaften über die Unfallursachen jede Beweiskraft abgesprochen werden. Selbst wenn der Genossenschaftsvorstand noch so bemüht ist, objektiv zu sein, bleibt seine Statistik die einseitige Darstellung eines Interessierten.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1923.

Der Rechenschaftsbericht der christlichen Gewerkschaften, der im „Zentralblatt“ vom 24. November veröffentlicht wird, beginnt mit einem kurzen Rückblick auf den Ruhrkampf. Durch ihn sind die christlichen Gewerkschaften außerordentlich stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Mitgliederverluste werden zu einem erheblichen Teil auf diese Verhältnisse zurückgeführt, weil etwa 60 Prozent der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen ansässig sind. Im Jahresdurchschnitt beträgt der Verlust 10,3 Prozent, vom Jahreschluß 1922 bis Ende 1923 hat sich aber die Mitgliederzahl von 1 033 506 auf 806 992 vermindert, das ist um 21,9 Prozent. Zum Trost wird erwähnt, daß die Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften noch günstig sei gegenüber dem Verlust der freien Gewerkschaften, der im Jahre 1923 annähernd 30 Prozent beträgt. Hier haben die Christen etwas sehr stark ausgedehnt, denn tatsächlich betrug der Verlust bei den freien Gewerkschaften 26,5 Prozent.

Die Stärke der einzelnen christlichen Verbände zeigt die folgende Übersicht:

Verbände	Mitglieder		Verlust	%
	Ende 1922	Ende 1923		
Bauarbeiter	59236	40082	19154	32,3
Bergarbeiter	141016	134241	6775	4,8
Buchdrucker	2804	2508	296	10,6
Gastarbeiter	126281	88589	37692	29,8
Gasthausangestellte	18827	15798	2829	15,2
Arbeitsöffentl. Betr.	27348	24182	6235	22,8
Graphiker	6002	4930	1072	17,9
Haussangestellte	5000	4642	358	7,2
Heimarbeiterinnen	8789	6918	1871	21,3
Holzarbeiter	45260	28122	17138	37,9
Kranienpfleger*)	3069	—	—	—
Landarbeiter	104344	77368	26976	25,9
Lederarbeiter	16314	14500	1814	11,1
Maler	3722	3066	716	19,2
Metallarbeiter	228406	191656	36750	16,1
Nahrungsmittelarb.	21302	12320	8982	42,2
Schneider	26697	18954	7743	29,0
Tabakarbeiter	44785	23415	21370	47,7
Textilarbeiter	144504	115761	28743	19,9
	1033506	806992	226514	21,9

*) Der Verband der Kranienpfleger ist Ende 1922 zum Verbande der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe übergetreten.

Die Verluste, welche die einzelnen Verbände hiernach erlitten haben, sind sehr unterschiedlich. Den geringsten Verlust hatten die Bergarbeiter, die nur 4,8 Prozent ihrer Mitglieder eingebüßt haben. Das ist um so auffälliger, als doch die christlichen Bergarbeiter zum weitaus größten Teil in Rheinland und Westfalen ansässig sind. Bei dem freien Bergarbeiterverband, der am Schluß des Jahres 1923 noch 299 811 Mitglieder zählte, betrug der Verlust 24,3 Prozent. Es wäre doch interessant, die Ursache dieses auffälligen Unterschiedes kennenzulernen, denn die Vermutung, daß dem christlichen Verband beim Zählen seiner Mitglieder ein Irrtum unterlaufen ist, liegt nahe. Im stärksten war der Mitgliederverlust bei den Tabakarbeitern mit 47,7 Prozent und den Nahrungsmittelarbeitern mit 42,2 Prozent. Diese Verluste sind weit stärker als die der entsprechenden freien Verbände, die 30,5 bzw. 31,6 Prozent ihrer Mitglieder eingebüßt haben. Verhältnismäßig sehr stark ist auch der Verlust des christlichen Holzarbeiter-Verbandes, der 37,9 Prozent seiner Mitglieder verloren hat und am Ende des Jahres 1923 nur noch 28 122 Mitglieder zählte. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband hat im Jahre 1923 13,3 Prozent seiner Mitglieder verloren und zählte am Jahreschluß noch 377 025.

Im ganzen bestätigt die Abrechnung der christlichen Gewerkschaften, daß das Jahr 1923 allen Organisationen Verluste gebracht hat, und es ist bekannt, daß die Mitgliederentwicklung während des größten Teiles des Jahres 1924 weiter rückläufig war. Gewisse Gewerkschaftskriterien haben sich bemüht, nur die Verluste der freien Gewerkschaften zu sehen, und haben dies und jenes über eine Krisis der freien Gewerkschaften und ihren Verfall zugunsten der christlichen und anderer Gewerkschaftsrichtungen fabuliert. Mit einer solchen Zurückdrängung der freien Gewerkschaften hat es noch gute Wege. Die Leitung der christlichen Gewerkschaften sagt in der Besprechung des Rechenschaftsberichtes ganz richtig: „In Wirklichkeit kann man nur sehr bedingt von einer Gewerkschaftskrisis reden. Handelte es sich doch um eine Krisis, die das ganze staatliche, wirtschaftliche, soziale und geistige Leben erfaßte, und die ihre Wellen auch in die Gewerkschaftsbewegung hineinschlug.“ Mit dem Abklingen dieser Krisis beginnt sich auch die Gewerkschaftsbewegung wieder zu heben. Diese Entwicklung muß aber durch rasche Werbearbeit so gefördert werden, daß der frühere Mitgliederstand nicht nur bald wieder erreicht, sondern auch überschritten wird.

Literarisches.

„Die Überfahrt am Schredenstein“. Eine Einführung in die Kunst von Dr. Adolf Behne. Mit neun Bildern. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68. Preis 1,80 Mk. — Behnes Buch unterscheidet sich vornehmlich von anderen Schriften dieser Art. Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist das schönste Gemälde der „Waldsiedler“. Die Überfahrt am Schredenstein. In anderen Abbildungen sehen wir dieses Gemälde gleichsam auseinandergerissen, in seine Elemente zerlegt, auf seine Struktur zurückgeführt. Auf diese Weise wird der Leser in die geistige Werkstatt des Künstlers hineingeführt. Wir lernen verstehen, was der Maler wollte und warum er es so wollte. Aber auch warum es so sein muß, wenn es ein Kunstwerk sein soll. Wer das Buch aufmerksam liest, wird die Bilder der alten und neuen Künstler nunmehr mit anderen Augen sehen als bisher.

„Eine Reise nach Japan“. Von Jürgen Braub. Verlag J. S. B. Dieckhoff, Berlin SW. 68. Preis 4,20 Mk. — Der in Arbeiterkreisen als Jugendschriftsteller gut bekannte Verfasser schildert in anschaulichen, klaren und lebendigen Bildern die Reise nach der sagenumwobenen Nordlandinsel. Schöne Bilder schmücken das Buch, das jeden, der Sinn für die Poesie des Wanderns hat, Freude bereitet.

„Waldbühnen“. Ein Spiel für Kinder- und Jugendgruppen von Karl Eichler. Preis 40 Pf. — Der hübsche Hammer. Gedichte von Karl Bräuer. Preis 70 Pf. — Überflut des Herzens. Gedichte von Max Barthel. Preis 70 Pf. — Alle drei Schriften sind erschienen im Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68.

Die Wirtschaftskrise mit Inflationen der Frankfurter Zeitung. Heft IV. Jahrgang 1924. Unter Mitwirkung von Ernst Rahn. Frankfurt Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. Preis 2 Mk. Jahresbezugspreis für Abonnenten 7 Mk. — Diese wertvolle Vierteljahrschrift bringt auch in ihrem neuesten Heft wieder gründlich durchgearbeitetes Material zur Beurteilung der verschiedensten Zweige unseres Wirtschaftslebens.

„Achtstunden-Propaganda durch Postkarten“. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat zwei Serien von Postkarten herausgebracht, die durch passende Bilder für den achtstündigen Propaganda machen. Der Kampf um den Achtstundentag tritt jetzt, nach der Wahl, in eine neue Phase, und in diesem Kampf können auch diese Ansichtskarten ein gutes Hilfsmittel werden.

Philipp Grosser, geb. 27. 1869, in München, hat sich in Schiedsmannamtlich betragen. Wir warnen vor demselben und bitten, ihn an keine Verhandlungen zu erlauben. Nachträglich über ihn erlassen ein Bewährungsstelle Schiedsmannamt. Philipp Grosser, Schiedsmannamt. Für die Urkunden Schiedsmannamt. Peter und Hans Engelert. Offizielle der Schiedsmannamt. In die ist 1. tüchtig. Modellbauer. Peter, Robertstraße 10. 2. wiser Maschinenfabrik.

Korbmacher auf Gängefeld, a. d. Mittern. Heiligt ein Otto Gumbel, Gumbelweg (Altm.). **Reinhold Ringpisselmadier**, tüchtiger Bedier und Richter auf prima Qualität der Januar 1925 für dauernde Beschäftigung gesucht. Wilhelm-Ringpisselmadier, Inhaber M. Stahlberg & Co. Gumbelweg, Berlin a. H. d. Bad Rantzenberg i. S. **Tüchtige Rührbohrer od. -bohrerinnen** (mit 1/2 Zoll Bohrer) gesucht. Hermann, Bergweg a. H.

Soeben ist erschienen: **ALMANACH 1925** Taschenkalender für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Leinwandband mit Bleistift 1,25 Mk. Vorzugspreis für Mitglieder des Verbandes bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 0,80 Mk. Bestellungen sind sofort aufzugeben, da ein Nachdruck nicht erfolgt. Verlagsgesellschaft des Deutschen Holzarb.-Verbandes GmbH., Berlin SO 16, Am Röllischen Park 2.

Schellack-Lösung, blond, aus Rückständen gewonnen, 1,90 Mk. p. Liter. Postpaketen gegen Nachn. Chem. Fabrik Rud. Oehlke, Berlin SO 116, Lübbener Straße 1.

Schöne Intarsien für Möbel Schatullen Maxim. Weiß, Würzburg, 50817. **Der beste Putzhobel** mit nachstellbarem Keil ohne Pockholzsohle 0,50 Mk. m. echt. Pockholzsohle 0,50 Mk. frk. Nachn. Gebrauchstüchtig. Garantie. Samml. Tischlerwerkzeuge. Katalog mit Preisen gratis. Werkzeugfabrik M. Hiessinger in Nürnberg.

Zwei tüchtige Polierer, ein tüchtiger Dreher, ein tüchtiger Kuppler, ein tüchtiger Galanterie-Mechaniker, der die Herstellung und Bitten von Kuppler, Feil, Feil & Co. Gumbelweg, Berlin a. H. d. Bad Rantzenberg i. S.

Original-Englische Drecksler-Werkzeuge, **Englische Bildhauer-Werkzeuge**, **Werkzeug - Neuheiten** für Tischler, Preise gratis, empfiehlt Hermann, Berlin, Oppelner Straße 31.

Rose's Handwagen! Best. Eisenherz- u. Schwiebelherz. Vorzugswerte! Gebrauchstüchtig, aber nur für solche, die einen Preis von 100 Mk. zahlen wollen. Wer ein solches Handwagen sucht, der wird sich an Herrn Rose wenden. Herr Rose, Leipzig, Brühl 25.

Tischlerfachschule Himmann in Thür. Ausbildung schnell und gründlich! **Alles zur Laubsägerei** Reichen. Holzbrand, Heft 3. 2. Jahrgang, Heft 11 (Hst.). Sammelkatalog gegen Einsendung v. 50 Pf. franko. Ich liefere zu konkurrenzlosen Preisen und Qualitäten: **Zirkelklingen - Hobel** 2,20 Mk. Schabohbel mit verstellbarem Mund 1,35 Mk. verstellbare Schabohbel 1,00 Mk. Simshobel 1,50 Mk. Leinwandherz 1,50 Mk. Schiebepfeiler mit Antrieb 1,10 Mk. Dreibesteller 0,80 Mk. automatische Schraubenzieher 7,70 Mk. Furniersägen, Feilsägen usw. — Prospekt gratis. Nichterfüllbare Ware nehme zurück. M. Walthor, Dresden 22, Reichenhauer Straße 53.

Konkurrenzlos! Die neue Polier- und Lackiertechnik. Das Polieren in einem Arbeitsgang von Holz, Kunstmarmor, Metall usw. Acetol zum Grundpolieren. Porenfüllen und zur Verhütung des Oel-ausschlages. Hochglanzpolitur 945 farblos. Lackpolitur zum Abpolieren. Polier-Streichlack, sehr leicht, beliebig antarfbar. Polier-Oelack für feinste Lackierungen. Zerkalt-Mattierung farblos. Man sende mir Holzproben zum Polieren, Lackieren oder Mattieren ein. Alfred Zeunert, Berlin-Neukölln, Thiemannstraße 25.

5 bis 10 tüchtig Korbmacher auf Schwaben. Sofort gesucht. Heinrich Zimmermann, Seilstraße, Berlin Gumbelweg.

Tischlerschule (Praktisch) Hermann, Bergweg a. H. **Sportschlitten - Kufen** Eiche, gedogt, prima Qualität 100 120 140 160 cm. Preis 2,- 2,50 2,95 3,30 Mk. p. Paar **Schneeschuh-Spanner!** Tausende bewährte Modelle, 0,80 Mk. Gumbelweg 268 Mk. Alles ab Lager gegen Nachnahme. Lieferung sofort. M. Walthor, Dresden 22, Reichenhauer Straße 53.

Wie muss ich selber Photos - Apparate! Leinwand, 40 Seid., 60 Pf. in Briefmarken. Z. P. W. Leipzig 878.

Alles zur Laubsägerei Reichen. Holzbrand, Heft 3. 2. Jahrgang, Heft 11 (Hst.). Sammelkatalog gegen Einsendung v. 50 Pf. franko. Ich liefere zu konkurrenzlosen Preisen und Qualitäten: **Zirkelklingen - Hobel** 2,20 Mk. Schabohbel mit verstellbarem Mund 1,35 Mk. verstellbare Schabohbel 1,00 Mk. Simshobel 1,50 Mk. Leinwandherz 1,50 Mk. Schiebepfeiler mit Antrieb 1,10 Mk. Dreibesteller 0,80 Mk. automatische Schraubenzieher 7,70 Mk. Furniersägen, Feilsägen usw. — Prospekt gratis. Nichterfüllbare Ware nehme zurück. M. Walthor, Dresden 22, Reichenhauer Straße 53.

Der gebundene Jahrgang **Sachblatt für Holzarbeiter 1924** ist soeben erschienen. Preis 3 Mark. Den Mitgliedern des Verbandes liefern wir, jedoch nur beim Bezug durch die Verwaltungsstelle, das gebundene Exemplar für 7 Mark. Ferner empfehlen wir: Jahrgang 1923 gebunden 8,- Mk. bzw. 7,- Mk. (Alle früheren Jahrgänge sind ausverkauft.) Einbanddecken 1924 1,20 Mk. bzw. 1,- Mk. ohne Jahreszahl 1,20 Mk. bzw. 1,- Mk. Sachblattbestellungen für 1925 bitten wir sofort aufzugeben. Verlagsgesellschaft des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO 16, Am Röllischen Park 2.